

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 3.

Berlin, den 17. Januar 1909.

10. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Aus dem Reiche der Gelben. — Beschreibung der Freizügigkeit. — Die Vergebung der Staats- und Gemeindeforderungen an Handwerker-Gesellschaften. — Die Verbindung von altem und neuem Beton. — Rundschau: Ueber die Aussichten für das Baugewerbe. Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Strengere Handhabung der Baukontrolle. Die sozialdemokratische Jugend. Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes. Ein Vertrauensbruch. Eine neue Arbeitslosen-Zählung. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Offen, Amberg, Fulda, Nord-Hessen, Mottenburg, Wilsbiburg, Wiesfeld. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Gerichtliches. — Von den Arbeitsstellen. — Streikabrechnungen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

## Aus dem Reiche der Gelben.

I.

Der Zufall spielt oft eine sonderbare Rolle. Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung der über eine längere Zeit sich erstreckenden Korrespondenz des Führers der Gelben, Herrn Nebius, (Verlag Alex. Schlick u. Co., Stuttgart), publiziert der Nachener „Volkfreund“ eine Darlegung über die gelben und nationalen Wertvereine. Letztere geht von dem Arbeitgeberverband des Bergbaues, der chemischen, Hüttenmännischen und verwandten Industrie des Nachener Bezirks aus, der sie an seine Mitglieder verkaufte. Ein günstiger Wind wehte sie der Redaktion des genannten Blattes auf den Tisch. Beide Veröffentlichungen bieten einen tiefen Einblick in das Wesen und Treiben der Gelben. Sie ergänzen sich gegenseitig aufs harmonischste: die Theorie und Grundsätze der gelben und nationalen Arbeitervereine erhalten „Beweiskraft“ durch ihre geübte Praxis.

Die Darlegungen des Nachener Arbeitgeberverbandes sind von der Absicht diktiert, das Verständnis für die Gelben bei seinen Mitgliedern zu wecken, und auch wieder ein gewisses Mißtrauen wachzuhalten. Einleitend weist er auf die drei großen Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands hin, die alle mehr oder weniger im Dienste politischer Parteien ständen. Neben diesen seien in neuester Zeit die sogenannten Gelben getreten, eine Bezeichnung, unter der man alle freigelegenen Vereinigungen der Arbeitnehmer zusammenfaßt. In England haben sie keinen größeren Einfluß erlangt, anders in Frankreich, wo die gelbe Bewegung in 1905 etwa 600 000 Anhänger aufwies. In Deutschland fiel die erste gelbe Gründung in das Jahr 1905, der Arbeiterverein vom Werk Augsburg.

Am 1. Juli 1908 gehörten dem „Gelben Arbeitsbund“ 13 Vereine mit insgesamt 18 400 Arbeitern als ordentliche Mitglieder und 5 Organisationen mit 3500 Arbeitern als Gastvereine — die noch nicht länger als 3 Monate bestehen — an. Außerdem unterhielt der Bund mit 26 Organisationen, denen 37 600 Personen angehören, ein Freundschaftsverhältnis, so daß sich die Zahl der zentralorganisierten gelben Arbeiter bereits auf rund 54 700 Personen beläuft.

Als Zweck der Gelben wird angegeben die Pflege des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Schutz gegen die Verrufserklärung der Sozialdemokratie, Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder usw. Hervorgehoben wird: Im Gegensatz zu den kommunistischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften stellen die gelben Vereine ihre Kraft in den Dienst einer gesunden Kultur- und Wirtschaftsentwicklung, die geeignet ist, Privatigentum für alle zu schaffen. Seine Beschaffung erfährt dieses „Programm“ durch die Mittelung:

In organisatorischer Hinsicht kennzeichnen sich die gelben Verbände durchweg als Einfühlungsvereine. Zu den Massenrichtungen werden seitens der Arbeitgeber zum Teil ganz erhebliche Zuschüsse geleistet. So zahlt die Maschinenfabrik Augsburg dem „Verein vom Werk Augsburg“ einen jährlichen Beitrag von 46 000 M., nachdem der Verein bereits eine einmalige Zuwendung von 140 000 M. erhalten hat.

Dafür hat das Werk sein „Ziel erreicht und die Macht des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für lange Zeit gebrochen“. Das ist ja der Zweck der ganzen Werbung, der hier mit verblüffender Deutlichkeit ausgesprochen wird: mit Hilfe der Gelben soll jede Regierung, die auf Verbesserung des Arbeitsvertrages hinausläuft, unterbunden werden. Das wird weiter bestätigt durch die Bewertung der alten Gewerkschaften:

Bei der Beurteilung der gelben Vereine darf ohne Zweifel die Tendenz der alten Gewerkschaften nicht übersehen werden. Wenn auch die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften auf dem Boden unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen, so verfolgen sie doch nicht allein das an und für sich berechtigteste Streben, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, sondern mehr und mehr gehen sie dazu über, die Durchführung eines positiven Machtzweckes zur Aufgabe ihrer immer mehr an Bedeutung und Einfluß gewinnenden Verbände zu machen und in ihrem gewerblichen Produktionsprozess einen System zum Behelfen, das die Sozialtheoretiker als „Gewerkschaftssozialismus“ bezeichnen: ein System, bei welchem der für das Gelingen des einzelnen Betriebes nicht verantwort-

lichen und erst in sekundärer Beziehung interessierten Arbeiterschaft ein gleicher Einfluß eingeräumt werden soll, wie dem verantwortlichen und das ganze geschäftliche Risiko allein tragenden Arbeitgeber. Bei Beurteilung der auf sozialistischer Grundlage organisierter Arbeiterkoalitionen darf nicht übersehen werden, daß hier die wirtschaftlichen Kämpfe nur als Mittel zum Zweck anzusehen sind zur schließlichen Beseitigung des Unternehmertums und zur Umgestaltung der individualistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in die sozialistisch-kommunistische.

Im Gegensatz dazu wollten die gelben Arbeitervereine, „die Grenzen des Möglichen erkennend, grundsätzlich nicht hemmend in unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eingreifen... da sie mit ihr immer besseren Daseinsbedingungen entgegengehen“. Das heißt auf gut deutsch: die Gelben erkennen das, was der Arbeitgeber aus freien Stücken an Lohn zahlt, als die Grenze des Möglichen an, und versuchen grundsätzlich nicht, die Lohnhöhe durch Streiks usw. zu beeinflussen. Mit fatalistischer Sicherheit nehmen sie an, daß sie mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung immer besseren Daseinsbedingungen entgegengehen. Um das zu glauben, dazu hatten wir auch ein gelbes Gemüt nicht für stark genug. Wer jedoch Anschauungen in Bezug auf die christlichen Gewerkschaften wie oben vertritt, von dem ist auch nichts anderes zu erwarten, als daß er die Existenz der gewerkschaftlichen Organisationen nur in dem Gegensatz zum Arbeitgeberertum erblickt. Das trifft unseres Erachtens nicht zu, worauf eingegangen wir uns hier jedoch versagen. Wir können es uns auch nach diesen Auslassungen versagen, das Programm der Gelben noch weiter auf seine Ehrlichkeit zu prüfen.

Im Gegensatz zu diesem Vertrauensvotum steht das Mißtrauen, das der Nachener Arbeitgeberverband und mit ihm auch andere, den Arbeitsnachweiser der Gelben entgegenbringen. Die Arbeitsnachweise bilden das wichtigste Kampfmittel der gelben Verbände gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Bismarck das gleiche trifft aber auch für die Arbeitgeberverbände zu. Sie wollen dieses Kampfmittel selbst handhaben und es nicht ihren Händen entgleiten lassen:

„Wenn auch die systematische Arbeitsvermittlung der gelben Arbeitervereine infolge des Interesses der Arbeiterschaft liegen mag, als dadurch in den einzelnen Betrieben die Vorkerschast der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gebrochen werden kann, so darf auf der anderen Seite jedoch nicht verkannt werden, daß durch die Arbeitsnachweiskräfte der Gelben das als richtig anerkannte Prinzip der Arbeitgeber, die Arbeitsvermittlung allein durch Arbeitgeber-Arbeitsnachweise durchzuführen, durchbrochen wird. Gerade mit Rücksicht auf die Neuheit der gelben Arbeiterbewegung erscheint es notwendig, mit allen Mitteln der Arbeitgeberverbände dahin zu wirken, die Arbeiterorganisationen jeder Richtung von der Arbeitsnachweisung grundsätzlich auszuschließen und diese lediglich zu einer Domäne der Arbeitgeber auszugestalten, weil nur so eine planmäßige Beherrschung des Arbeitsmarktes gedacht werden kann, ohne welche wiederum eine erfolgreiche Bekämpfung und Hintanhaltung größerer Arbeiterbewegungen nicht durchzuführen sein wird.“

Eine brutale Offenherzigkeit; allerdings nicht für die Deffinitivität, auch nicht für die Gelben selbst bestimmt. Damit dokumentiert sich ein bedenklicher moralischer Tiefstand. Der nackte persönliche Egoismus wird mit schönen nationalen und anderen Phrasen verbrämt, lediglich um die Arbeiterschaft in der alten Abhängigkeit zu erhalten, und ihren Aufstieg über das vom eigenen Wohlbefinden Zugestandene nicht hinausgehen zu lassen. Da der Arbeitgeberverband der Verräterei der Gelben aber nicht ganz sicher ist — sie könnten auch einmal als Massenengenossen fühlen — deshalb nur da die Hilfe, wo die eigene Kraft nicht ausreicht; sic volo, sic jubeo (so will, so befehle ich).

Mit Bedauern muß die Denkschrift zugeben, daß die gelben Arbeitervereine hinsichtlich der Mitgliederzahl und der finanziellen Mittel neben den Gewerkschaften sehr ungünstig abschneiden. Ueber ihre Bedeutung für die Aufgabe der Arbeitgeberverbände gehen zurzeit die Ansichten noch auseinander. Hoffnungsvoll erscheint dem Arbeitgeberverband, daß zurzeit nur ein Drittel der gewerblichen Arbeiter in gewerkschaftlichen Organisationen vereinigt sind. Dieser Umstand, der an sich zu bedauern ist, wird den Gelben auch nicht viel Nutzen bringen, und daß es so wird, dafür werden die Gewerkschaften ihr gut Teil beitragen.

## Beschneidung der Freizügigkeit?

Die Freizügigkeit besteht nach dem geltenden deutschen Recht darin, daß jeder Reichsangehörige die völlig freie Befugnis hat, seinen Aufenthaltsort sowie den Ort seines Erwerbs innerhalb des Reichsgebietes sich selbst zu wählen. Diese Freizügigkeit war ein notwendiges Erfordernis der gewaltigen Umbildung aller Wirtschafts- und Wohnverhältnisse im Laufe des letzten halben Jahrhunderts. Insofern hat die Freizügigkeit entschieden Gutes gewirkt, als sie die Neubildung unseres Wirtschaftslebens erst mit ermöglichte, und sie ist auch heute noch ein notwendiger Be-

standteil in all den tausenderlei Wanderungen und Verschiebungen, die heute die dem Erwerb nachgehenden Massen hierhin und dort hin treiben.

So ist die Freizügigkeit ein wichtiges Mittel der Bevölkerungsverteilung geworden. Ziel und Zweck einer rechten Bevölkerungsverteilung wäre nun, daß überall und in allen Erwerbszweigen zur rechten Zeit die rechte Anzahl der notwendigen und brauchbaren Arbeitskräfte vorhanden ist. Hierin ergaben sich nun von jeher Schwierigkeiten und diese sind im letzten Jahrzehnt schärfer als früher hervorgetreten. Die Schwierigkeiten entstanden einmal daraus, daß anscheinend die deutsche Bevölkerung überhaupt nicht mehr ausreicht, die dem deutschen Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit notwendigen Arbeitskräfte aufzubringen. Heute nämlich klagt nicht bloß die Landwirtschaft über Mangel an Arbeitskräften, sondern in Zeiten guter Konjunktur besteht auch schon in der Industrie Knappheit an „Händen“. Dazu kommt nun, daß die verschiedenen Erwerbszweige recht verschiedenartige Anziehungskraft auf die verfügbare Bevölkerung ausüben. Und endlich sind die verschiedenartigen Schwankungsverhältnisse im Arbeitsbedarf, wie sie sich zwischen Hochkonjunktur und Depression und Sommer- und Winterarbeit u. ähnl. ergeben, ein weiterer Grund, die Spannungen zu verschärfen. In besonders große Schwierigkeiten ist nun, wie schon betont, durch die Art der Bevölkerungsverteilung immer mehr die heimische Landwirtschaft geraten. Und es ist kein Zweifel, daß da im Interesse nicht bloß dieses Erwerbszweiges selbst, sondern auch im Gesamtinteresse Abhilfe dringend erwünscht ist. Die einen wollen diese Abhilfe nun indirekt herbeiführen: durch innere Kolonisation und Anfassung von Landarbeitern. Andere aber wollen mehr direkt vorgehen und durch Einschränkung des Freizügigkeitsrechts dem Uebel zu steuern suchen.

Während bisher die letzteren Forderungen mehr in allgemeiner Form, „Beschneidung der Auswüchse“ der Freizügigkeit usw., vorgebracht wurden, hat nun der Regierungsrat v. Knebel-Döberitz im neuesten Heft der „Zeitschrift für Politik“ (Band II, 1908 Nr. 1) eine genauere Darlegung veröffentlicht, wie etwa die „Reform der Freizügigkeit“, wie er die Einschränkung nennt, zu denken wäre. Grundlage des Planes ist: es sollen die jungen Leute gehindert werden, vor Erreichung eines bestimmten Alters (18 Jahre) vom Lande in größere Städte abzuwandern. Diesem Vorschlag liegt der Gedanke zugrunde: hat man die Leute einmal so lange auf dem Lande festgehalten, so werden sie auch in höherem Grade als jetzt dem Lande erhalten werden. Ob dieser Schluß so ganz stimmt, steht nun schon gleich auf einem andern Blatt. Zweifellos aber ist, daß man durch eine solche Beschränkung eine große Reihe junger Leute würde verhindern können, frühzeitig einem industriellen Erwerb sich zuzuwenden und durch Aneignung eines „gelernten“ Berufes sich die Bedingungen des Aufstieges zu der besser bezahlten Schichten der industriellen Arbeiterschaft zu eringen, ohne die Gewähr zu haben, den eigentlichen Zweck der Werbung zu erreichen.

Noch weit größeren Bedenken aber unterliegen die weiteren Angaben von Knebel-Döberitz in dem genannten Artikel. Da es nämlich sehr schwer angeht, etwa allen auf dem Lande geborenen jungen Leuten die Wahl eines andern als des landwirtschaftlichen Berufes bis in ein so spätes Alter, in dem die „Befreiungszeit“ doch im allgemeinen schon vorüber ist, unmöglich zu machen, schlägt von Knebel-Döberitz eine zweifache Einschränkung seiner Maßregel vor. Sie soll einmal auf die Gebietsorte beschränkt werden, in welchen die Schäden der Landflucht am schroffsten hervortreten. Ferner sollen dem Lande zunächst nur diejenigen jungen Leute zwingungsweise erhalten werden, auf die es ein „natürliches Recht“ hat, „also solche Jugendlichen, welche in der Landarbeit erzogen und ihrer Herkunft nach auf solche angewiesen sind.“

Als solche dürften anzusehen sein die Kinder ländlicher, nicht angelehnter Tagelöhner und solcher ländlicher Kleinrentner, welche wegen des geringen Umfanges ihres Besitzums Lohnarbeit nehmen müssen. Von dem Verbot frühzeitigen Abwanderns auszuschließen sind mithin Kinder von dauerlichen Besitzern, größeren Grundbesitzern, Handwerkern, Lehrern, Pastoren... und andern Berufen als der Landwirtschaft angehörigen. Kurz alle jene jungen Leute, auf die das Merkmal des von Natur Angewiesenseins auf ländliche Lohnarbeit nicht zutrifft.

Es ist erfreulich, daß der Verfasser seine Vorschläge selbst als „fremdartig und wenig sympathisch“ anmutend empfunden (S. 82). Auch die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 606) kann nicht verkennen, „daß die Vorschläge des Herrn v. Knebel-Döberitz im einzelnen noch nicht so durchgearbeitet sind, daß die Angelegenheit als spruchreif gelten könnte. Es muß festgehalten werden, daß an dem Grundsatze der Freizügigkeit nicht gerüttelt werden darf.“ Aber sie sind dies nicht etwa weil, wie v. Knebel-Döberitz meint, sie mit der bisherigen Entwicklung des Freizügigkeitsrechts in Widerspruch stehen; sondern weil sie in ganz rohen Formen doppeltes Recht in verschiedenen Gebietsstellen Deutschlands und doppeltes Recht für verschiedene Bevölkerungsschichten schaffen würden; ein „Recht“ ferner, das eine Klasse ohne weiteres bevorzugt.

ohne ihnen die geringste Gegenleistung aufzulegen und die andern, und zwar gerade die heute schon Vermissten und Schwächsten belastet, ohne ihnen wiederum dafür auch nur die geringste Gegenleistung zu bieten. Es ist denn doch gar nicht einzusehen, warum das Land auf die Kinder der Kleinbesitzer und Tagelöhner in höherem Grade ein „natürliches Vorkrecht“ haben soll, wie auf die Kinder von Besitzern; und ebenso, warum bei den letzteren „das Merkmal des von Natur Angewiesenseins“ auf ländliche Arbeit weniger zutreffen soll als auf erstere. Und es ist noch lange nicht feststehend, daß der Großgrundbesitz des Ostens, dem zugunsten Herr v. Knebel-Döberitz vor allem seine Maßnahmen zugute kommen lassen will (S. 80), mehr unter der Arbeiternot zu leiden hat, als der mittlere und kleinere Bauernstand des Westens und Südens, der in der Hauptsache auf Dienstboten angewiesen ist und sich nicht mit Wanderarbeitern behelfen kann.

Es wird gut sein, die oben skizzierten Pläne je eher je besser fallen zu lassen. Mit so rohen Mitteln, die selbst auch die „Deutsche Tageszeitung“ als „nicht unbedenklich“ bezeichnet, ist heute in den feingewobenen Zusammenhängen wirtschaftlichen und sozialen Lebens nichts mehr anzufangen. Sondern wir sind mit vielen andern Kennern des Landes der Ansicht, daß mit Bestrebungen, die auf Einschränkung der Freizügigkeit gerichtet sind, hier nichts zu wollen ist, sondern daß die beklagten Uebelstände weniger die direkten Folgen der Freizügigkeit, als unserer Agrar- und Landarbeiterverfassung sind. Dementprechend sind auch die Mittel auszuwählen, mit denen man wirklich mit Erfolg der Landarbeiternot zu Leibe gehen kann!

## Die Vergebung von Staats- und Gemeindelieferungen an Handwerker-Genossenschaften.

Unter dieser Ueberschrift nimmt der Genossenschaftsleiter Thomas Esser aus GutsMuths in der „Sozialen Kultur“ Stellung zu dem Ruf, der allgemein von Seiten der sich stets mehrenden Handwerkervereinigungen und -genossenschaften erhoben wird, die sich dabei auf die in technischer sowohl wie in organisatorischer Hinsicht verbesserten Zustände im Handwerk stützen — jenen Ruf, der in die Worte gekleidet wird: „Schafft uns ausreichende Arbeit! Von unserem einstmaligen Tätigkeitsgebiete ist uns ein großer Teil durch die fabrikmäßige Produktion dauernd entzogen worden; das uns verbliebene Arbeitsfeld wird mit der fortschreitenden Wiedererstarbung des Handwerks zu eng, neue Gebiete müssen erschlossen werden! Wir verlangen mit Recht unseren Anteil an den großen Arbeiten und Lieferungen, die Staat und Gemeinden bisher in eigener Regie oder durch das Großunternehmertum ausgeführt haben!“

Daß das Handwerk der Jetztzeit, wenn auch nicht in allen, so doch in manchen Fällen, den Kampf mit der Großindustrie aufzunehmen vermag, ergebe sich aus dem Beispiele Oesterreichs, welches seit Jahren mit bestem Erfolg Staats- und Gemeindelieferungen an Handwerkervereinigungen vergebte. Auch unsere Regierungen bringen diesem Gedanken Sympathien entgegen, wie aus dem Erlaß des preussischen Ministers vom 22. Juli 1907 hervorgeht, der die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ersuchte, bei den ihrer Aufsicht unterstellten Kommunalverwaltungen darauf hinzuwirken, daß bei der Vergabung kommunaler Lieferungen und Arbeiten nach Möglichkeit die Handwerkervereinigungen zugelassen und berücksichtigt werden. Die Sache ist indes nicht so einfach, und es ist mit mancherlei Schwierigkeiten zu rechnen.

Für Lieferungen bezeichneter Art kann zweifellos nicht jede Handwerkervereinigung in Betracht kommen, und so scheiden zunächst schon lose Organisationen total aus. Aber auch die jüngsten möchte der Verfasser zunächst wenigstens von großen Lieferungen ausgeschaltet wissen. Er denkt dabei an die Schwierigkeit, die sich hier bei der allgemeinen geforderten Sicherheitsstellung in den Weg stellen. Was jedoch der Forderung an Bewegungsfreiheit usw. abgeht, das steht der Genossenschaft zur Verfügung. Und so hat sich denn der Rheinische Genossenschaftsverband als bald mit Energie der Bewegung angenommen, indem er sich den Rheinischen Kommunalverwaltungen und der in Betracht kommenden staatlichen Behörden als Vermittlungsstelle zwischen den Auftraggebern und dem Handwerk anbot.

Auf die bezügliche Eingabe hin erklärten sich mehr als 30 rheinische Stadtverwaltungen mit deren Grundzügen einverstanden; viele von ihnen nahmen Veranlassung, ihre Submissionsbedingungen einer Prüfung und Neuordnung zu unterziehen; direkt ablehnend antwortete nur eine einzige Stadtverwaltung.“ Der Verfasser drückt

einige der ergangenen Bescheide ab, die zum Teil übrigens nebenher auch erhalten müssen, den Handwerker „gute Lehren zu erteilen. So meint u. a. der Oberbürgermeister von Mülheim a. d. Ruhr: „Es ist meine Auffassung, daß viel mehr als eine Verfügung des Ministers die Selbstarbeit des Handwerkerstandes zur Erreichung des gewünschten Zieles von Bedeutung ist. . . . Und ich glaube, daß, wenn in diesem Sinne von Seiten des Genossenschaftsverbandes auf die Genossenschaften und Einzelhandwerker anregend eingewirkt wird, dies von größerer Bedeutung sein wird, als der Versuch, durch einen Druck von oben die Entschlüsse der Stadtverwaltungen beeinflussen zu lassen.“

Mehrere höhere Behörden erklärten sich ebenfalls bereit, der Anregung des Verbandes zu folgen und haben dies teilweise schon getan. Inbesseren war, sollte nicht der anscheinlichste Teil der größten Lieferungen von vornherein ausbleiben müssen, noch eine gefährliche Klippe zu umschiffen, nämlich dem Mangel an ausreichenden Mitteln abzuwehren. Das ist nun dem Verband gelungen, indem er die Preussische Zentralgenossenschaftsklasse grundsätzlich für eine Vereinbarung gewonnen hat, wonach dieser bereit ist, den Verbandsklassen „auf Grund von Forderungen der dem Verbande angeschlossenen Rohstoffgenossenschaften an staatliche oder kommunale Behörden einen Ausnahmekredit zur Verfügung zu stellen. Die Gewährung dieses Kredits würde in der Form des Wechseldiskontkredits zum jeweiligen offiziellen Wechseldiskontsatz der Reichsbank nicht unter 3 1/2 Prozent und nicht über 6 Prozent erfolgen.“

Wenn schließlich der Verband sich bereit erklärt hat, überall, wo die Erlösung von Genossenschaften zwecks Uebernahme von Staats- und Gemeindelieferungen wünschenswert erscheint, mit Rat und Tat eingegriffen, so verdient das ganze Vorgehen tatsächlich alle Anerkennung. Wirklich praktische Maßnahmen haben ja bisher auf Handwerkerseite nicht gerade immer den günstigsten Nährboden gefunden!

## Rundschau.

Ueber die Aussichten für das Baugewerbe im Dortmunder Gebiet wird der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ aus Dortmund geschrieben: „Von den unter dem wirtschaftlichen Tiefstand leidenden Gewerben scheint das Baugewerbe sich hier zuerst allmählich wieder zu erholen. Die Zahl der Baufusionensgesuche von Privatunternehmern war im letzten Vierteljahr 1908 in einigen Städten und größeren Landgemeinden wesentlich höher wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Einstweilen geht die Geldknappheit einer rascheren Entwicklung jedoch nicht entgegen. Infolge des Versagens der Sparkassen sind die Mittel der städtischen Sparkassen allzu stark angepannt. Die hiesige Sparkasse z. B. gab im Jahre 1908: 7415 000 M gegen 3 879 000 M im Jahre 1907 und 2 704 000 M im Jahre 1906 an Baugelbern. Da jedoch verschiedene Beleihungsbanken ihre Tätigkeit zum Teil wieder aufgenommen haben, zum Teil demnächst wieder aufnehmen werden, so ist eine Entlastung der Sparkassen und damit eine größere Geldflüssigkeit an Baugelbern zu erwarten. Es ist mithin mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Neubebung der Bauaktivität und damit für die Kalk-, Ziegel- und die entsprechenden Gebiete des Eisenmarktes vorhanden.“

Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Das Kartell der christl. Gewerkschaften in Medlinghausen hatte am 19. November 1906 an die dortige Polizeibehörde unter Ueberreichung eines Entwurfes, den Antrag um Erlaß einer Polizeiverordnung gestellt. Dem Antrage ist nunmehr unter dem 1. November 1908, also nach rund zwei Jahren, stattgegeben worden, indem eine „Polizeiverordnung zum Schutze der Bauarbeiter und zur Verhütung von Unfällen“ erlassen wurde. Sache unserer Kollegen wird es nunmehr sein, von dem Inhalte Kenntnis zu nehmen und für die Durchführung Sorge zu tragen.

Strengere Handhabung der Baukontrolle verlangt eine Entschlieung des bayerischen Staatsministeriums des Inneren, die besagt: Bereits mit Ministerialentscheidung vom 27. November 1895, Vollzug der Baukontrolle betreffend, wurde darauf hingewiesen, daß sich die Baukontrolle nicht darauf zu beschränken habe, die plan- und bauordnungsgemäße Ausführung der genehmigten Bauten zu überwachen, vielmehr weiterhin darauf zu sehen habe, ob seitens der Bauleitung alle Maßnahmen getroffen sind und beobachtet werden, welche mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter geboten erscheinen. Es sind nun neuerdings wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß seitens der mit Ausübung der Baukontrolle betrauten

Organe, insbesondere der Distriktschlichter, in dieser Beziehung nicht immer mit genügender Sorgfalt vorgegangen werde. Die sämtlichen mit dem Vollzuge der Baupolizei betrauten Organe und Behörden werden daher auf neue angewiesen, der Durchführung der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Hoch- und Tiefbauebeschäftigten Personen vom 24. Juli 1904 und vom September 1905 ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und auf ihre gewissenhafte Beachtung mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Jugend. Die sozialdemokratische Jugendbewegung soll jetzt auf systematische Weiterführung beruhen. Als Mittelpunkt der sozialdemokratischen Jugendbewegung soll die Zentralstelle gelten, die auf Betreiben der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen selbst besteht. Ferner sollen so weit dies noch nicht geschehen ist, an allen größeren Orten Kommissionen gebildet werden, denen die Organisation und Leitung der Jugendlichen obliegt. Auch eine Zeitschrift, die vorläufig alle 14 Tage erscheint, wird in Zukunft herausgegeben. Die erste Nummer dieser Zeitschrift soll in sehr großer Auflage unter den Jugendlichen verbreitet werden. Die Redaktion übernimmt ein bisheriger Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“.

Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes haben die Minister des Handels und des Innern in einem gemeinsamen Erlaß besondere Maßnahmen gegen die in verschiedenen Industriearten hervorretende Arbeitslosigkeit empfohlen. Als wirksamstes Mittel kommt dafür in Betracht, daß ebenso wie von privaten Auftraggebern, vor allem auch von öffentlichen Stellen, die selbst Unternehmer von Betriebsverwaltungen sind oder sonst Arbeitsbeschäftigten usw., dafür Sorge getragen wurde, daß Einschränkungen ihrer Betriebe vermieden werden, daß von ihnen begonnene Arbeiten möglichst in verarbeiteter Weise fortgeführt und neue untlücht imgehend in Angriff genommen, und daß Aufträge für spätere Bedarfe, wenn irgend angängig, auch auf Vorrat erteilt werden. Die Verwaltungen des Staates und des Reiches haben entsprechende Anordnungen bereits getroffen; auch eine Anzahl von Kommunalverwaltungen ist mit derartigen Maßnahmen vorgegangen. Die Regierungen werden nun ersucht, auch auf diejenigen weiteren engeren Kommunalverwaltungen, sowie die sonstigen öffentlichen Verbände, die in dieser Beziehung noch zurückblieben, in dem Sinne einzuwirken, daß sie ihre gewerblichen Betriebe in vollem Umfang aufrecht erhalten, daß sie Bantzen aller Art, Installationen oder sonstige Arbeiten, deren Ausführung für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist, wenn irgend angängig, schon jetzt in Angriff nehmen und begonnene in beschleunigtem Tempo fortführen, daß sie ihren Material usw. Bedarf auch sofort in Auftrag geben, um den bestmöglichen Lieferanten die unvermeidliche Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu erleichtern. Von besonderer Bedeutung würde es sein, wenn diejenigen öffentlichen usw. Verbände, welche Arbeiterkolonien, Wanderarbeitsstätten usw. für die Beschäftigung Arbeitsloser unterhalten, für einen Ausbau und eine Erweiterung dieser Einrichtungen sorgen würden, um bei einer Fortdauer der Arbeitslosigkeit auch einer gesteigerten Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung bieten zu können.

Ein Vertrauensbruch unerhörtester Art ereignete sich anläßlich der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Handwerker in Kreisfeld. Seitens des Vorstandes der Kasse war eine Erklärung gegen unqualifizierbare Angriffe und Verleumdungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften abgefaßt worden, die als Inserat Ausnahme in „General-Anzeiger“ finden sollte. Diese Erklärung wurde dem „General-Anzeiger“ am 14. Dezember, nachmittags 1/2 5 Uhr zugesandt. Um 1/2 7 Uhr wurde dem Abfender die Erklärung zurückgegeben, nachdem ihm vorher telefonisch mitgeteilt worden war, daß die Aufnahme in der Morgenausgabe des folgenden Tages nicht erfolgen könne, weil die Zeit zum Setzen zu kurz sei? In diesen zwei Stunden, so muß angenommen werden, muß das Unerhörte vorgekommen sein, daß die Sozialdemokraten diese Erklärung zur Einsicht resp. Abschrift in ihre Hände bekommen haben. Die Sozialdemokraten haben darauf ein Flugblatt veröffentlicht, das dieser Erklärung entgegensteht. Wohlverstand! — Dieser Erklärung, die gar nicht veröffentlicht worden war und ist. Am selben Tage wurde besagtes Flugblatt abgefaßt und war daselbst schon am folgenden Tage vormittags fertig gedruckt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften wußten nun bestimmt, daß der „General-Anzeiger“ das Inserat nicht ausnahm und glaubten, dieselbe Erklärung würde am anderen Morgen in der „Niederrh. Volksztg.“ erscheinen. Sie suchten in dem Flugblatt den Vertrauensbruch zu maskieren, indem sie sich auf eine Erklärung in der „Niederrh. Volksztg.“ bezogen. Nun hatte aber die Erklärung in der „Niederrh. Volksztg.“ einen vollständigen anderen Wortlaut und fast keine Ähnlichkeit mit der dem „General-Anzeiger“ vorgelegenen. Außerdem erschien die „Niederrh. Volksztg.“ erst mittags gegen 12 Uhr, also zu einer Zeit, als die Flugblätter längst gedruckt waren. Somit können wir feststellen, daß dieser unerhörte Vertrauensbruch tatsächlich begangen worden ist; ob und wie weit dabei Angehörte des „General-Anzeigers“ beteiligt sind, entzieht sich unserer Kenntnis, das wird erst eine gerichtliche Untersuchung feststellen, die der „General-Anzeiger“ ankündigt. Genanntes Blatt ist farblos und beschäftigt fast nur „frei organisierte Buchdrucker.“

## Die Verbindung von altem und frischem Beton.

Nachdruck verboten.

ATK. Eines der wichtigsten Probleme auf dem Gebiete der Betonbauten ist der Anschluß von frischem Beton an alten. Da nämlich die allermeisten Betonarbeiten an einem einzigen Arbeitstage fertiggestellt werden können, ist der Wiederbeginn der Arbeit am nächsten Morgen eine Fortsetzung des vorhergegangenen Tages, und die Linien, welche man zwischen den Arbeitsabschnitten zweier aufeinanderfolgender Tage zieht, deuten auf die Wichtigkeit des Anschlusses ohne weiteres hin. Denn es ist klar, daß, sobald eine solche Linie nach längerer Zeit noch sichtbar bleibt, eine Diskontinuität im Beton vorhanden sein muß. Man scheidet wohl bei Vergewung von Betonarbeiten vor, daß beim Anschluß zwischen zwei Tagesarbeiten mit der größten Sorgfalt vorgegangen werden soll. Man verlangt besonders noch besondere Methoden zur Reinigung der Oberfläche des alten Betons, oder auch ein Befestigen desselben mit dünnen Mörtel, allein diese Maßnahmen haben einen nur relativen Wert, wenn nicht darauf bedacht wird, daß die Stoppfläche zwischen altem und frischem Beton vor dem Beginn der Arbeiten mit allen Mitteln von jeder Verunreinigung befreit werden muß. Mit anderen

Worten handelt es sich um Beschaffung einer neuen Oberfläche, an welche sich der frische Beton anschmiegt.

Es spielt bei der Beurteilung dieser Frage keine Rolle, ob der Beton für die Errichtung eines Brückenpfeilers, eines Fundamentblockes, oder eines Gebäudefundamentes anzuführen ist, ja die Ausführungen in Eisenbeton fallen sogar in die gleiche Kategorie, sobald im Trocknen, also nicht unter Wasser, gearbeitet wird. Bei solchen trockenen Betonierungen gibt es zweifellos viele Arten der Verunreinigung durch fremde Körper, und die Gefahr einer solchen Verunreinigung ist um so größer für das Gelingen des Baues, als die Verunreinigung in den meisten Fällen gar nicht mit Sicherheit zu erkennen ist.

Außer dem Staub, welcher verschiedener Provenienz sein kann und durch die Feuchtigkeit im Beton oder an dessen Oberfläche festgehalten wird, sind ölige und fettsüchtige Substanzen die größten Feinde der Betonkonstruktion. Wird Öl oder Fett auf irgendeine Weise, z. B. durch die Formhölzer des Baugerüsts, auf die Oberfläche des Betons gebracht, so erweist sich dieses als ein Befestigungsmittel für den Beton in seiner Konsistenz. Es sind dies jedoch nur einige von den vielen Quellen der Brüche und Risse, welche in Betonmassen durch zeitliche Unterbrechungen der Vollendung vorkommen können, und welche sogar bei kontinuierlicher Ausführung bis zu einem gewissen Grade nicht ausgeschlossen sind.

Um eine nur einigermaßen zufriedenstellende Kontinuität (Verbindung) zwischen dem alten Oberfläch und dem frischen Beton zu bewirken, müssen also auch Spuren solcher schädlicher Substanzen unbedingt zum Verschwinden gebracht werden. Dieses Resultat bedeutet aber mehr, als man auf den ersten Blick erwarten könnte. Man hält es gewöhnlich für genügend, eine Drahtbürste oder einen Harten Besen zu verwenden, und hernach Wasser über die abgetragene Oberfläche zu gießen; wurde dann noch ein Anstrich von dünnem Mörtel aufgetragen, so meint man, mit der Betonierungsarbeit weiter fortfahren zu dürfen. Dieses Verfahren mag wohl genügen an einigen Stellen und sogar großen Teilen der Anschlußflächen, allein es würde keineswegs mit Sicherheit für ein unbedingtes Gelingen bürgen. Eine ganz unbedeutende Schicht irgendeiner fremden Substanz geeigneter Art kann die Güte der ganzen Arbeit im Frage stellen. Solche Substanzen, namentlich Öl und Fett, haften stark an der Oberfläche und bringen bis zu einem gewissen Grade auch in die Poren des Betons hinein; man kann sie daher auch nicht leicht wegwaschen. Ja selbst eine Drahtbürste ist nicht immer wirksam genug, und aus diesem Grunde sollte man die Formhölzer des Baugerüsts zur Verhinderung des Anfließens von frischem Beton an dieselben mit so wenig Fett als möglich versehen, es sei denn, daß man nach Entfernung des Baugerüsts die Oberfläche mit geeigneten Werkzeugen gründlich bearbeitet.

Eine neue Arbeitslosenzählung soll in Berlin am 16. Februar wieder einem Dienstag vorgezogen werden. Diese neue Zählung soll zeigen, welche Veränderungen der Arbeitsmarkt eventuell seit der letzten Zählung am 17. November erfahren hat. Die Arbeiterchaft ist nämlich der Annahme, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen ziemlich bedeutend zugenommen habe. Man hatte auch, um eine genauere Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse zu ermöglichen, vorgeschlagen, daß die nächste Arbeitslosenzählung, ähnlich den Volkszählungen, von Haus zu Haus vorgenommen werden solle. Es war nämlich beabsichtigt worden, daß manche Arbeitslose, besonders Frauen, die öffentlichen Zähllokale nicht aufgesucht hatten. Die städtische Kommission für Statistik hat jedoch beschlossen, es auch das nächste Mal bei dem bisherigen Verfahren bewenden zu lassen.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperzt sind: die Firma Jensen in Wenrath b. Düsseldorf, die Firma Belleuer in Castroh, die Firma Govers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages. Zugang ist fernzuhalten.

#### Bezirk Paderborn.

Marsberg. Am 5. April 1907 wurde zwischen den Bauunternehmern und dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Verwaltungssitz Marsberg, ein Vertrag abgeschlossen, welcher am 31. März 1909 abläuft. Die Arbeitgeber haben nunmehr den Tarif gekündigt. An unsere Ortsverwaltung wurde folgendes Schreiben gelangt:

M. Marsberg, den 31. Dez. 08.

An P. P.

Den unter uns abgeschlossenen Arbeitsvertrag vom 5. April 1907 kündigen wir hiermit und zwar aus dem Grunde, den Stundenlohn für Maurer nicht in gleicher Höhe zu zahlen.

Achtungsvoll

gez. Joseph Prior.  
Aug. Bönfeld.  
Gebr. Zimmermann.

Kollegen von Marsberg und Umgebung! Aus vorstehendem Schreiben ist zu erkennen, daß die Unternehmer eine Lohnreduzierung vornehmen wollen. Deshalb heißt es jetzt mit aller Energie arbeiten, damit sämtliche Kollegen organisiert werden, denn nur ein festes Zusammenhalten der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter ist in diesem die Verschlechterungen abzuwehren. Erfülle darum jeder seine Pflicht in der Organisation, sei es im Beitragszahlen und in der Agitation. Erscheint vollständig zu den Versammlungen, damit wir beraten, was zum Nutzen der Mitglieder ist.

#### Bezirk Köln.

Köln, 8. Januar. (Einigungsamt für den rheinischen Bezirk in Köln). Auf den 30. Dezember 1908 hatte der Vorsitzende des Einigungsamtes, Herr Weigeordener Dr. Fuchs, die Vertreter der am Tarif beteiligten Organisationen, zu einer Vorbereidung eingeladen. In dieser Besprechung handelte es sich in der Hauptsache um Klarstellung über die eventuell entstehenden Kosten, die Anzahl der Vertreter, die Geschäftsführung des Einigungsamtes usw. Die Vertreter der sozial. Verb. der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter versuchten bei dieser Gelegenheit unserer Organisation die Vertretung der einzelnen Berufe streitig zu machen. Sie beantragten daher, das Einigungsamt mit 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern zu besetzen und operierten zunächst mit sachlichen Argumenten. Als unser Vertreter darauf hinwies, daß unsere Organisation für jeden ihr angeschlossenen und im Tarif in Frage kommenden Beruf (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter) je einen Vertreter aller im ganzen drei verlangen müsse, da letzte seitens der Herren "Freien" eine geschmacklose Opposition ein. Unser Vertreter stellte darauf fest, daß es keine sachlichen sondern ganz andere Gründe seien, die die Gegner bei der Besetzung des Einigungsamtes besetzte. Da eine Einigung nicht zu ermöglichen war, machte der Vorsitzende Herr Dr. Fuchs den Vorschlag, ob man die Angelegenheit durch das Einigungsamt selbst wolle entscheiden lassen. Diesem Vorschlag stimmten beide Parteien zu. Der Vorsitzende, Herr Dr. Fuchs, machte dann den Vorschlag, daß der Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter das Recht habe, für jeden Beruf einen Vertreter, also drei abwechselnd zu delegieren. Auf Grund der prozentualen Stärke, solle der Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zwei, der Maurerverband zwei, dagegen der Zimmererverband und Bauhilfsarbeiterverband je eine Stimme erhalten. Die Parteien erklärten sich schließlich mit dem Vorschlag einverstanden. Diese Feststellungen waren notwendig, damit unsere Kollegen die "freundschäftliche" Seite der Genossen erkennen; des weiteren, daß wir uns durch eine starke Organisation Einfluß verschaffen können. Zur Aufklärung über die Konstituierung des Einigungsamtes diene den Kollegen das nachstehende Protokoll.

#### Sitzung

der Vertreter der am dem Einigungsamt für das Baugewerbe beteiligten Verbände am 30. Dezember 1908.

Anwesend: Weigeordener Dr. Fuchs, Vorsitzender; Stettmann, Gymann, Pertheil und Thiemann vom deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; Ahrens vom Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands; Jansen vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands; Lange vom Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands; Muth vom Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands; Setzlar Zimmerer, Protokollführer.

Kosten: Die Anwesenden gaben einstimmig folgende Erklärung ab: die Stadt Köln trägt die reinen Verwaltungskosten, während Diäten und Reisekosten den beteiligten Verbänden zur Last fallen.

Zusammensetzung des Einigungsamtes: An den Sitzungen des Einigungsamtes sollen je sechs Arbeitgeber und Arbeitnehmer als stimmberechtigte Schiedsrichter teilnehmen. Auf die Arbeitnehmerorganisationen verteilen sich die sechs Schiedsrichter wie folgt: der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter sowie der Zentralverband der Maurer entsenden je zwei, die übrigen je einen Vertreter. Beschlußfähig ist das Einigungsamt bei Anwesenheit von je drei zu Schiedsrichtern bestellten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sind von einer Vertragspartei mehr Schiedsrichter als von der anderen erschienen, so bestimmt die in der Mehrzahl befindliche Partei, wer als Schiedsrichter auszuscheiden hat, damit auf beiden Seiten die Gleichheit hergestellt ist. Die Entscheidung wird nach einfacher Stimmenmehrheit gefällt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Im Verlaufe einer Sitzung können die Schiedsrichter abgelöst werden, jedoch nur wenn eine Streitfrage erledigt ist, bei Aufruf der folgenden Sache. Zur Feststellung des Tatbestandes werden die Parteien geladen; Reizen und Sachverständige können gehört werden. Die Sitzung ist nicht öffentlich. Vertreter der beteiligten Korporationen können jedoch als Zuhörer anwesend sein. In der Beratung und Abstimmung nehmen nur die jeweils amtierenden Schiedsrichter teil. Die Einladungen zur Sitzung ergeht der Vorsitzende an die beteiligten Organisationen; diese leisten dem Vorsitzenden vor der Sitzung die Namen der bestellten Schiedsrichter schriftlich mit. Die, welche nicht zum Vertragsgebiete gehören, können die Entscheidung des Einigungsamtes anrufen, wenn beide Parteien Arbeitgeber und Arbeitnehmer) vorher schriftlich erklären, daß sie sich der Entscheidung unterwerfen wollen. Das Einigungsamt muß alsbald in Tätigkeit treten. Es muß dies unter der gleichen Voraussetzung, wenn andere nicht zu den Vertragsschließenden gehörigen Organisationen oder Berufsarten des Baugewerbes die Entscheidung anrufen. Das Sitzungsprotokoll, in dem die Beschlüsse

niederzulegen sind, ist den beteiligten Organisationen in je zwei Exemplaren zu übermitteln.

Mitteilung der Vertreter. Die Organisationen haben innerhalb 14 Tagen die von ihnen bestellten Schiedsrichter dem Vorsitzenden mitzuteilen.

Tätigkeit des Einigungsamtes. In der nächsten Sitzung muß nach § 8 des Vertrages die Abgrenzung der Gebiete der Schlichtungskommissionen erfolgen. Die Organisationen sollen vorher mitteilen, für welche Gebiete bereits Schlichtungskommissionen bestehen; gleichzeitig sollen deren Geschäftsordnungen eingereicht werden.

### Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Stukkateure.

Essen. Am 19. Dezember tagte im Restaurant Mosen unsere Generalversammlung für das vierte Quartal 1908, welche verhältnismäßig gut besucht war. Die Kollegen Joh. Bapt. Weigand und Conrad Pfaffenbach wurden mit einem Eintrittsgeld von zwei resp. einer Mark einstimmig aufgenommen. Sodann gab Kollege Kreuzberg die Namen derjenigen Kollegen bekannt, welche seit der letzten Versammlung abgereicht sind, unter welchen ein Teil figuriert, die vergessen haben, sich abzumelden bzw. den Winterbeitrag nicht bezahlt haben. Er gab der Ansicht Raum, daß hier anschließend an ein Schreiben unseres Bezirksleiters einmal Fraktur geredet werden muß, um so mehr, da wir im vorigen Winter nur zwei Kollegen gehabt haben, welche den Winterbeitrag nicht bezahlt haben. Die Essener Stukkateure zahlen wie bisher, so auch in diesem Winter 2,40 M. Zu Punkt 2 gab Kollege Austerhülle den Bericht von der Bezirkskonferenz. Das Wichtigste aus diesem Bericht betraf die Festsetzung der Winterbeiträge. Die Diskussion wurde zum Teil recht ungemütlich. Ich doch gelang es dem Vorsitzenden, die Kollegen immer wieder zusammenzuführen. Durchweg war man der Ansicht, daß der Zentralvorstand hierbei den größten Fehler gemacht hat, indem er keine präzise Erklärung an die Bezirksleiter abgibt und dieselben nach eigenem Gutdünken arbeiten läßt. Kein einziger Kollege weigerte sich, die Wintermarke zu lieben, aber wenn hier verlangt wird, die Wintermarke hier zu lieben, und die Bezirksleiter im Frühjahr oder Ostern verlangen, daß dieselbe dort geklebt wird, so ist eine Opposition erklärlich, da die Kollegen, wenn der Zentralvorstand hier nicht eingreift, nicht wissen können, wo die Wintermarken geklebt werden sollen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, in diesem Sinne sich an die Zentralleitung zu wenden, um eine präzise Erklärung in dieser Sache. Zu Punkt 3 gab Kollege Kreuzberg den Jahresbericht. Ausführlich ging er auf unsere Lohnbewegung ein, von der ersten Sitzung am 30. März bis zur letzten Verhandlung am 22. Oktober. Es erübrigt sich wohl, die interessanten Ausführungen hier folgen zu lassen. Um ein Bild von unserer umfangreichen Tätigkeit zu erhalten, sei noch darauf hingewiesen, daß unsere Geschäfte erledigt wurden in fünf- undzwanzig Vorstandssitzungen, zehn gemeinsamen Vorstandssitzungen mit dem freien Verbande, fünf Sitzungen mit den Ausschüssen, ein- undzwanzig Sitzungen der Lohnkommission. Mitgliederversammlungen fanden statt: fünf- undzwanzig in Essen, vier in Altenhof, drei in Steele ferner zwei öffentliche und vier gemeinsame Mitgliederversammlungen. Weiter war der Vorstand beteiligt an sechs Verhandlungen mit den Meistern in Bochum und zwei in Essen, an vier Ausschusssitzungen, an zwei Sitzungen der Bescheidkommission und fünf Vorstandssitzungen der Verwaltungsstelle. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Darnach beträgt die Ein- und Ausgabe für die Verwaltungsstelle 3707,75 M. Die Einnahme für unsere Zahlstelle betrug einschließlich Kassenbestand 1371,34 M., die Ausgabe 748,98 M. Unser augenblicklicher Kassenbestand beträgt 647,06 M. Die Mitgliederzahl ist 148. Kollege Schäfer erläuterte die einzelnen Posten in der Abrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. In der hierauf folgenden Diskussion war die Veranlassung mit der Tätigkeit des Vorstandes allseitig zufrieden und wurde derselbe für 1908 entlastet. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Pet. Kreuzberg, Nüttenich, Goethestr. 82, 2. Vorsitzender Heinr. Austerhülle, 1. Kassierer Jos. Carl, 2. Kassierer Jos. Dahm, 1. Schriftführer Jos. Gutes, 2. Schriftführer Wilh. Medde, Revisoren Hub. Häuschen und Fern. Frenken. Ferner wurden gewählt zu Bibliothekaren Herrn. Frenken und Jakob Haber, zu Kartelldelegierten Herrn. Austerhülle und Jos. Minker, in den Verwaltungsstellenauschuss Herrn. Schäfer und Jos. Carl. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Als Vereinslokal wurde das Restaurant Mosen, Baumstraße, wiedergewählt. Kollege Drufer dankte hierauf dem bisherigen Vorstand für seine aufreibende Tätigkeit im Interesse unseres Verbandes, worauf Kollege Kreuzberg in einer feierlichen Rede gebührende Ansprache allen denen dankte, die dem Vorstand so treu zur Seite gestanden haben, hoffend daß es auch im nächsten Jahre der Fall sein werde, und schloß mit einem Hoch auf unsern Verband die Versammlung um 1/2 Uhr nachts.

#### Maurer.

Amberg. Am Samstag, den 26. Dezember, tagte unsere Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung, 2. Jahresbericht, 3. Neuwahl der Verwaltung. Zum ersten Punkte erläuterte Kassierer Feld die Abrechnung vom vierten Quartal, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Zum zweiten Punkte warf Vorsitzender Schinner einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Nachdem es uns im vergangenen Frühjahr nach langwierigen Verhandlungen gelungen war, eine annehmbarere Lohn-erhöhung zu erreichen, glaubten manche Kollegen nach dem Tarifabschlusse der Organisation den Rücken lehnen zu dürfen. Doch ist es uns durch rege Agitation gelungen, unsere Zahlstelle auf der alten Höhe zu erhalten. Die Neuwahl ergab als ersten Vorsitzenden Peter Schinner, als zweiten Vorsitzenden Jos. Gräß, als ersten Kassierer Leonh. Müller, als zweiten Kassierer Georg Baier, als ersten Schriftführer Jos. Unger, als zweiten Schriftführer Georg Busch, als Revisoren Paul Frank und Jos. Winter, als Hauskassierer Jos. Frisch und Jos. Peter. Mit der Aufforderung an alle Kollegen, im neuen Jahre mit dem Vorstande noch besser zusammenzuarbeiten, besonders durch eifrigen Besuch der Versammlungen, schloß Vorsitzender Schinner die lehrhaft verlaufene Versammlung. Kollegen, arbeiten wir in Zukunft noch besser zusammen, sei jeder ein Agitator, dann wird das neue Jahr auch für uns ein Jahr des Fortschrittes und des Erfolges sein.

Fuhrberg. Am 27. Dezember fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer erläuterte den Kassenbericht. An Vertragsmarken à 35 Pf. wurden verkauft 414 Stück = 144,90 M., Arbeitslosenzinsen 97 à 25 Pf. = 24,25 M., Extramarken 6 Stück à 30 Pf. = 1,80 M., Sozialfondsmarken à 10 Pf. 139 Stück = 13,90 M., in Summa 184,85 M. Einnahme der Zentrale 170,95 M., Ausgabe der Zentrale 72,56 M., an die Zentrale abgeliefert 98,39 M. Einnahme der Sozialkasse für 139 Sozialfondsmarken 13,90 M., 12 Pf. Sozialzuschlag von 414 Vertragsmarken = 20,70 M., für 5 Pf. Anteil der Zahlstelle an den Vertragsmarken 19,86 M. Bestand vom vorigen Jahre 30,14 M. Summa der Einnahme 84,60 M., Ausgabe der Sozialkasse 55,45 M., bleibt Bestand 29,15 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab hierauf bekannt, daß er acht Kollegen, die teils im sozialdemokratischen Verband, teils nicht organisiert seien, zur Versammlung eingeladen habe, von denen aber nur einer erschienen sei. Er bedauerte das. Der eine Kollege ließ sich aufnehmen. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Albert Gerlach, als zweiter Vorsitzender Kollege Franz Eber, als erster Kassierer Kollege Simon Ernst, als erster Schriftführer Kollege Andreas Gogemeier, als zweiter Schriftführer Kollege Josef Ober, zu Revisoren die Kollegen Christian Schmitt und Karl Eber.

Kollege Degenhardt ernannte die Kollegen, da hier nur katholische Arbeiter in Frage kommen, Leser der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zu werden, und ersuchte die Kollegen, die sie halten wollen, sich zu melden, da er sich der Mühe unterziehen wolle, ihnen die Bedingungen zuzustellen. Es meldeten sich 20 Kollegen.

Aus dem Kreise Fulda. Die mir zugewiesene Agitationstour nahm ihren Anfang in Großaltdorf am 26. Dezember 1908. Von circa 130 am Orte sich befindenden Bauarbeitern waren nur 45 zur Versammlung erschienen; der Besuch hätte ein weit besserer sein können. Die jüngeren Kollegen schwärmten hier für Feste, aber nicht für Versammlungen. In dem gehaltenen Referate wurden die wichtigsten Punkte gegeben, wie wir in Zukunft zu arbeiten haben. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und wurden Vorstand und Vertrauensleute gewählt, welche versprochen, nunmehr auch zu arbeiten. Sämtliche Mitgliedsbücher sollen eingezogen und streng kontrolliert werden, ob jeder seine Pflicht im verflochtenen Jahre erfüllt hat. Des gleichen Tages fand abends im Kleinlöder eine Versammlung statt, wozu jeder Zutritt hatte; auch diese Versammlung konnte besser besucht sein. Von 58 Mitgliedern waren 40 erschienen. Einige Neuaufnahmen von jüngeren Kollegen fanden statt, mehrere Rückständige wurden wieder herangezogen. Unorganisiert sind noch drei Kollegen vorhanden. In der am 27. Dezember in Maß abgehaltenen Versammlung waren 28 Mitglieder anwesend. 65 Organisierte sind am Orte, demnach ließ auch hier der Besuch zu wünschen übrig. Ältere Kollegen gaben ihren Erfahrungen Ausdruck, und hoffen wir, daß der Nachwuchs sich hieran eine Nachsicht nimmt. Zu bebauern war auch hier, daß viele Kollegen im Rückstand mit den Beiträgen aus dem Industriegebieten zurückgeblieben sind, vielleicht in dem Glauben, hier billigeren Marken zu bekommen. Dem wurde dadurch vorbeugt, daß wer rückständig ist die gleiche Markenforte lieba wie, wie in seiner letzten Verwaltungsstelle. Am gleichen Tage fand in Salzschiefe eine Versammlung statt; von 40 Bauarbeitern waren nur 11 zur Versammlung gekommen. Dank der Intereffenlosigkeit der Salzschiefer Bauarbeiter brauchen auch die Arbeitgeber den Tariflohn von 40 Pf. pro Stunde nicht zu zahlen, die Kollegen arbeiten lieber dort für 38 Pf. und eine halbe Stunde länger als wie der Tarif vorgeschreibt. Am 28. Dezember fand in Hainzell eine Versammlung statt. Circa 40 Kollegen waren erschienen, 60 sind am Orte organisiert, auch sind noch 6-8 unorganisiert vorhanden. Hier besteht noch etwas Sozialparteilichkeit, der beseitigt werden muß, denn er ist nicht dienlich für unsere Bewegung. Die Versammlung in Blankenau am 29. Dezember war von 42 Mitgliedern besucht, organisiert sind 60 Kollegen. Auch hier hat die wirtschaftliche Krise Wunden geschlagen und sind einige abgefallen. Durch Hausagitation und unermüdliche Arbeit müssen dieselben wieder gewonnen werden. Mit Begeisterung folgten die Kollegen dem Vortrage und beteiligten sich an der Diskussion. Am 30. Dezember war in Siegel Versammlung, dieselbe war sehr gut besucht. 52 Bauarbeiter sind vorhanden. Auch hatten die Kollegen bereits alle ihre Bücher in Ordnung, das bewies der Besuch. Am 1. Januar konnte in Hosenfeld die Versammlung nicht stattfinden, da der Kollege, an welchen die Einladung ergangen, nichts getan hatte, und mußte dieselbe auf den 3. Januar verschoben werden. Diese Versammlung war dann einigermassen besucht, doch verschwanden viele, ehe dieselbe geschlossen war; das darf es nicht nicht geben, denn die Berufsversammlung geht vor Vernünftigen. Mögen dies die Hosenfelder Kollegen beachten. 14 unorganisierte Kollegen sind noch vorhanden. Das Resultat der eingezogenen Bücher war, daß von 65 Mitgliedern 37 ihre Bücher ganz in Ordnung hatten, die übrigen hatten noch Beiträge, meist Winterbeiträge zu lieben. Der Schlussspiel war nicht überall in den Bäckern. Das Verlaunte muß nachgeholt werden. In Hauswurz wurde eine Zahlstelle am gleichen Tage gegründet, der 42 Mann beitraten. Der Vorstand wurde gewählt und versprochen, seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Am 4. Januar fand in Stockhausen (Hessen) eine Versammlung statt. Von 33 Bauarbeitern waren 27 erschienen. Die Kollegen folgten dem Vortrage mit Begeisterung und beteiligten sich an der Diskussion. Am 5. Januar war in Herstein Versammlung, welche nicht zum besten besucht war. Somit fand die Agitationstour hier ihr Ende. In den Winterzählstellen kann eine lebhaft Agitation entfaltet werden, wenn etwas redigierbare Kollegen an die Spitze gestellt werden und alles einzurichten wissen. Dies scheint heute nicht überall der Fall zu sein. Wo ein guter Vorsitzender und Kassierer vorhanden ist, dort sind die Zahlstellen auf der Höhe. Frühzeitig ist auch mit den Versammlungen zu beginnen, möglichst schon vor Weihnachten, damit sich die Zuhörer anmelden können und ihre Zeitung bekommen. Ferner sei noch zu erwähnen, daß die Buchführung überall vorzuziehen werden muß. Melde sich doch allein ein jeder an und ab, dann ist es dem Kassierer möglich, dies zu befolgen. Mögen die gegebenen Anregungen dazu dienen, daß unsere Organisation nach innen und außen befestigt wird und neue Kämpfer für unsere Bewegung entstehen mögen. Wenn nunmehr Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute auf dem Posten sind, wird und darf kein Indifferenter mehr in das Betriebsgebiet auswandern, bevor er nicht Mitglied des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands ist. Darum auf zur Weiterarbeit.

#### Richtig schreiben.

Mordkirchen (Verwaltungsstelle Dortmund). Am 27. Dezbr. fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das verfloffene Jahr und betonte, daß der Versammlungsbuch im kommenden Jahre besser werden müsse; im letzten Jahre betrug derselbe nur 15 bis 50 Pct. der Mitglieder. Er wies sodann darauf hin, daß wir jetzt mit den anderen Orten des Tarifgebietes im Lohne gleichstehen und in zwei Jahren zwölf Pfennig Lohnerhöhung erhalten haben. Das ist nur der Organisation zu verdanken, deren Ausbau wir uns anlegen sein lassen müssen. Im Punkt 2, Regelung der Winterbeiträge, wurde dem Beschluß der Verwaltungsstelle, wöchentlich zwanzig Pfennig zu zahlen, zugestimmt. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege H. Bolander, 2. Vorsitzender Kollege H. Schütte, 1. Kassierer Kollege W. Hülsbusch, 2. Kassierer Kollege H. Venning, 1. Schriftführer Kollege P. Schimmlmann, Revisor Kollege H. Grotelämpfer. Der neugewählte Vorstand versprach nach besten Kräften für unseren Verband zu arbeiten und forderte die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen, denn am 1. April läuft der bestehende Vertrag ab.

Mottenburg, 27. Dezember 1908. Zu unserer diesjährigen Generalversammlung hatten sich dreizehn der Kollegen eingefunden. Kollege Brunner erläuterte den Jahresbericht, der mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt Kollege Brunner als Vorsitzender, Kollege Gumpfinger als Kassierer und Kollege Braun als Schriftführer. Zu Revisoren die Kollegen Buchhauer und Zellner. Zu Revisoren die Kollegen Motternier und Huber. Zum Schluß wurden die Kollegen zu eifriger Agitation aufgefordert.

Hilfshilf. Am Sonntag, den 3. Januar fand im Vereinslokal unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl. Kollege Wader erläuterte den Jahresbericht. An regelmäßiger Mitgliederversammlungen fanden 12 statt, ferner zwei außerordentliche und zwei öffentliche Versammlungen, außerdem eine Reihe Vorstand- und Vertrauensmänneritzungen. Leider war der Versammlungsbuch im ersten halben Jahre ein sehr träger, dagegen im letzten Jahre ein recht zahlreicher, was auf die letzte Lohnbewegung zurückzuführen ist. Durch die Lohnbewegung ist eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde zu verzeichnen. Während des Streiks, der vom 3. bis 23. November dauerte, haben sämtliche Kollegen ihre Pflichten mit großem Eifer erfüllt. Kollege Granich gab den Kassenbericht, der von den Revisoren geprüft und als richtig befunden erklärt wurde. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Ralmier, als 2. Vorsitzender Kollege Stehm; als 1. Kassierer Kollege Granich,

als 2. Kassierer Kollege Bergmeier; als 1. Schriftführer Kollege Maier, als 2. Schriftführer Kollege Schenninger; als Ausschussmitglieder wurden gewählt die Kollegen Waller, Heindl, Schlichtner und Kuracher; als Neuwahlberechtigte die Kollegen Ebert und Obermeier; Kollege Bergl wurde als 1. Hauskassierer, Kollege Rappinger als 2. Hauskassierer gewählt. Damit hatte die Vorstandswahl ihr Ende erreicht. In der Diskussionsrunde gab es verschiedene Kollegen dem Bunde Ausdruck, daß wir mit voller Kraft an dem Ausbau unserer Zahlstelle tätig sein müssen. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 41.

**Wiesenfeld.** Am 27. Dezember fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Anmeldung der zugereisten Kollegen, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Geschäftsliches. In den Vorstand wurden gewählt Emil Hohmann als erster, Bernhard Raibach als zweiter Vorsitzender, Josef Winter als Schriftführer, Adolf Kraus als Kassierer und als Vertrauensleute Alois Laibach, Leo Erb. Die Kollegen nahmen die Wahl an mit dem Versprechen, für die gute Sache arbeiten zu wollen. Zum Punkt Geschäftsliches wurde auf die Gründung eines Arbeitervereins hingewiesen. Für die Vorarbeiten hierzu werden die Kollegen Georg Knaderl und Hermann Raibach bestimmt. Nachdem sodann noch auf die demnächst stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen worden war, fand die Versammlung ihr Ende.

## Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Eine Steigerung der Mietpreise in Berlin.** Trotz der wenig günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse wird in Berlin aus vielen Bezirken von neuem eine Steigerung der Wohnungsmieten gemeldet. Mieter, die ihre Wohnungen Ende Dezember gekündigt haben und die jetzt für den 1. April eine neue Wohnung suchen, müssen sich fast allgemein davon überzeugen, daß höhere Wohnungsmieten gefordert werden. Es ist deshalb auch nichts Seltenes, daß Mieter ihre Kündigung zurücknehmen und zu den alten Bedingungen oder selbst bei einer Mietsteigerung den alten Vertrag erneuern. Nicht nur in den inneren Stadtteilen suchen die Hausbesitzer ihre Wohnungen neuerer zu vermieten, auch in den Außenbezirken ist dies der Fall. In früheren Zeiten wurden solche Mietsteigerungen immer nur in Zeiten von Wohnungsmangel beobachtet, von einer Wohnungsnot kann aber jetzt in Berlin gar keine Rede sein, sondern es ist sogar ein Ueberfluß von Wohnungen vorhanden, wenn dieser Ueberfluß infolge der geringen Bauaktivität im vergangenen Jahre auch nicht mehr so groß ist, als am Anfang des Jahres 1908. Beamten gegenüber betonen die Hausbesitzer besonders, daß die bevorstehenden Gehaltsaufbesserungen auch eine höhere Ausgabe für die Wohnungsmiete ermöglichen werden. Vielleicht werden die Mietsteigerungen von vielen Hausbesitzern auch als eine Art Risikoprämie angesehen für die bedeutenden Mietaufschläge, die jetzt getragen werden müssen. Namentlich Besitzer, in deren Häusern ärmere Leute wohnen, büßen jetzt oft den Wohnungszins ein, da die Arbeitslosigkeit jetzt schon ziemlich lange anhält. Wird bei den Wohnungen von neuem eine Tendenz zur Steigerung der Miete gespürt, so zeigt dagegen der Mietpreis für Läden und andere Geschäftslokalitäten immer noch die Richtung zum Sinken.

## Soziale Wahlen.

**Osnabrück.** In den letzten drei Monaten fand Osnabrück im Zeichen der sozialen Wahlen. Am 18. Oktober wurde die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse vorgenommen. Bei dieser Wahl (Majoritätswahl) siegte die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftsblocks. Von etwa 4500 wahlberechtigten Kassenmitgliedern machten nur 1433 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Von diesen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 895 Stimmen, auf die christlich-nationale Liste 548 Stimmen. Das Resultat wäre gewiß anders ausgefallen, wenn nicht auf sozialdemokratischer Seite in so schmerzlicher Weise agitiert worden wäre. Abgesehen von den verleumdenden Leitungsartikeln und Annoncen, wo den christlichen Arbeitern die Fähigkeit, Arbeiterinteressen vertreten zu können, abgesprochen wurde, sorgte auch noch die sozialdemokratische Agitationsweise im Wahllokal, die bei vielen, insbesondere weiblichen Wählern von der vorletzten Wahl in warmer Erinnerung sich erhalten hatte, dafür, daß viele Wahlberechtigte, statt solchen Machinationen durch ihre Stimmabgabe die richtige Antwort zu geben, es vorzogen zu Hause zu bleiben. — Die Vertreter der Innungskrankenkasse für das Baugewerbe, deren Wahl am 22. November stattfand, fielen den Sozialdemokraten ohne Kampf zu, weil die christlichen Gewerkschaftler sich nicht an der Wahl beteiligten. Unsere Kollegen sind davon nicht neidisch, wissen sie doch, was von demartigen Wahlen zu halten ist; hoffen jedoch, daß die neue Arbeiter-Versicherungsreform zugunsten der Versicherten damit auszuräumen wird. Diese Ergebnisse nun riefen bei den Sozialdemokraten eine derartige Siegesstimmung hervor, daß man sich nunmehr berufen fühlte, die christlichen Arbeitervertreter auch aus dem Gewerbegericht zu verdrängen. Die christlichen Gewerkschaften, so renommierter man, seien auf einem toten Punkte angelangt und nicht mehr ernst zu nehmen; sie würden es bei der demnächst stattfindenden Wahl auf höchstens zwei bis drei Beisitzer bringen. Schien die Vertrauenslosigkeit bei den Sozialdemokraten auch über alles erhoben, vor der Enttäuschung die ihnen der 24. November gebracht hat, konnte sie nicht schätzen. Die Gewerbegerichts Wahl fand am 24. November statt. Zu wählen waren 15 Beisitzer. 3661 Wahlberechtigte hatten sich in die Wahllokale eingetragen lassen. Von diesen haben 2637 ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon erhielt die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftsblocks 1498 Stimmen, die Liste der christlichen Gewerkschaftsblock 1129 Stimmen. Es handelt sich also nur um einige Stimmen und die bereits im vergangenen christlichen Gewerkschaften hätten fast zwei bis drei sieben Beisitzer erhalten. Vergleicht man das Resultat der vorigen Wahl, wo die Sozis 600, die Christlichen hingegen nur 300 Stimmen erhielten, mit der jetzigen Wahl, so wird man aus der proportionalen Stimmzunahme bei vorrücktefreier Beurteilung leicht herausfinden, welche von den beiden Richtungen dem toten Punkte am nächsten ist. Auch das Resultat der Stellenauswahl für das Baugewerbe, die am 27. Dezember stattfand, hat bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften noch lebensfähig sind. Bei dieser Wahl wurden im ganzen 121 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Vertreter der christlichen Gewerkschaft 75 Stimmen, die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaft 46 Stimmen; letztere sind also mit großer Majorität gewählt. Kollegen! Wenn wir nach diesen Wahlergebnissen auch zugeben müssen, daß wir bedeutende Fortschritte gemacht haben, so dürfen wir uns doch nicht damit zufriedengeben. Bei der Ortskrankenkassenwahl haben etwa 70 Prozent der wahlberechtigten Kassenmitglieder ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Das ist bedauerlich. Gerade der Bewußtsein und Interessiertheit so vieler christlich gesinnter Arbeiter und Arbeiterinnen können wir es bedauern, daß wir bei dieser Wahl fast der Niederlage nicht einen glänzenden Sieg davontragen. Auch bei den übrigen Wahlen konnte die Beteiligung christlicher noch bedeutend besser sein. Unsere Aufgabe muß daher in Zukunft insbesondere in den letzten bevorstehenden Jahren sein, anständig und anständig zu wirken bei den

organisierten, noch mehr aber bei den unorganisierten Kollegen. Wenn dieses nach Möglichkeit geschieht, so werden nicht nur die nächsten sozialen Wahlen andere Ergebnisse zeitigen, sondern die christliche Arbeiterbewegung wird auf allen Gebieten immer mehr an Einfluß gewinnen, zum Segen und zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

**Dortmund.** Am 30. Dezember fand im Bauverein Dortmund die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Für jedes Amt wurde ein Beisitzer gewählt. Es siegten die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften in folgenden Orten: Castrop, Raue, Menge, Verne, Lüden. In Böttingerort und Siegte der gelbe Kandidat. In Dorstfeld und Brakel hatten wir keine Kandidaten aufgestellt, somit wurden dort die Sozialdemokraten gewählt. In Söbtingen siegte ebenfalls der rote Kandidat. Hier muß es für uns eine Lehre sein, besser zu agitieren und sich dem Kartell anzuschließen. In Goring wurde der frühere Kandidat wiedergewählt. Somit haben die Roten sich mit drei Siegen abgefunden. Die christlichen Gewerkschaften können mit dem Erfolg zufrieden sein, in Lüden wurde unser Kandidat mit hundert Stimmen Mehrheit gewählt. Ein Zeichen, daß den Roten ihre Bäume noch nicht in den Himmel wachsen. In Böttingerort sollen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen sein und wird gegen die Wahl Protest eingelegt.

## Gerichtliches.

**Berlin, 1. Januar.** In wie harter Weise Arbeiter bestraft werden, wenn sie sich gegen Schäden zu schütten versuchen, zeigt eine Gerichtsverhandlung, die wir dem „Vorwärts“ entnehmen.

Unter der Anklage der Freiheitsberaubung und der versuchten Mordthat waren die Maurer Dorn, Kreuzberg, Krieg, Sabitzke, Kemitz, Nicolai, Glöbe, Berndt und Mundt vor der Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. — Die mit Ausnahme von Dorn bisher unbestraften Angeklagten arbeiteten sämtlich auf dem Neubau Uckerländer Straße 40, der von dem Baumeister G. ausgeführt wurde. Am 11. Januar v. J. verbreitete sich hier das Gerücht, daß der Baumeister verkränkt sei und deshalb keinen Lohn zahlen könne. Nach Feierabend versammelten sich die sämtlichen Bauarbeiter vor der Bude des Maurerpoliers Altermann und verlangten von diesem Auszahlung ihres Lohnes. A. bedeutete ihnen, daß er selbst von dem Bauherrn noch kein Geld bekommen habe. Zugleich teilte er den sehr aufgeregten Leuten mit, daß ihm der Baumeister zugesichert habe, mit dem Gelde abends nach dem Bau zu kommen. Alles wartete auch geduldig, das Geld kam aber nicht. Dem Maurerpolier wurde die Situation doch endlich etwas ungemütlich, da ihn die Bauhandwerker beschuldigten, er stehe mit dem Baumeister unter einer Decke. Als er den Bau verlassen wollte, wurde er von allen Seiten daran gehindert, da ohne ihn eine Auszahlung überhaupt nicht möglich war, weil er im Besitze der Schlüssel war. Der Polier mußte sich in die Bude zurückziehen, die nun förmlich belagert wurde. Die Handwerker erklärten ihm, daß er nicht gehen dürfe, ehe der Baumeister mit dem Gelde komme. Hierdurch war Altermann, wie die Anklage behauptet, etwa eine Stunde seiner persönlichen Freiheit beraubt. Vor Gericht bestritten die Angeklagten zum Teil an dem Vorfall überhaupt beteiligt gewesen zu sein. Die Strafkammer hielt dies aber nur bezüglich des Angeklagten Glöbe für erwiesen, der freigesprochen wurde. Im übrigen lautete das Urteil gegen Dorn auf drei Wochen, gegen Sabitzke auf vier Wochen, gegen Kemitz auf drei Tage und gegen die übrigen Angeklagten je eine Woche Gefängnis.

Man muß genanntem Blatt nur bestimmen, wenn es sagt, daß das Urteil ein überaus hartes ist. Es sei bei den Strafen nicht berücksichtigt, daß die Beurteilten annahmen, sie sollten um ihren Lohn geprellt werden und daß der Maurerpolier für rechtzeitige Zahlung zu sorgen unterlassen hatte.

## Von den Arbeitsstellen.

**Gladbek.** (Submissionsblüten.) Am 17. Dezember wurden seitens der Gemeindevertretung die Arbeiten zu dem Erweiterungsbau des Armen- und Waisenhauses in Gladbek vergeben. Bei Erd- und Mauerarbeit sowie bei der Zimmerarbeit waren die Preise ziemlich gleichmäßig, aber bei den Glaser- und Anstreicherarbeiten sowie der Stuckarbeit war die Differenz so groß, daß wir dieselben den Kollegen nicht vorzählen wollen. Bei Glaser- und Anstreicherarbeiten waren zehn Offerten eingegangen, sämtlich aus Gladbek. Das Mindestangebot betrug 1886,32 M., das Höchstangebot 3573,45 M. Das dritte Angebot mit 2717,30 M. erhielt den Zuschlag. Bei der Stuckarbeit war die Firma Songert in Essen mit 10 144 M. am billigsten und erhielt auch den Zuschlag. Der Höchstfordernde war eine Firma Müller aus Gladbek mit 18 400 M. Es wäre wünschenswert, daß das Submissionswesen auch in hiesiger Gegend geregelt würde, denn die Knochen der Arbeiter müssen für solche Unvernünftigkeiten büßen.

## Streikabrechnungen.

**Abrechnung vom Streik der Fliesenleger in Dortmund.**

Einnahmen:		M.	S.
Von den drei Einnahmen der Zentralkasse verwendet		1250	09
Summa		1250	09
Ausgaben:			
An Streikunterstützungen		1190	70
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		33	30
Für Fernhaltung des Zuguges		22	10
Flugblätter und Annoncen		2	75
Porto und Schreibmaterial		1	24
Summa		1250	09

Die Richtigkeit beglaubigt:  
H. Weisenhagen.

**Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in B. Gladbek.**

Einnahmen:		M.	S.
Aus der Zentralkasse		592	38
Summa		592	38
Ausgaben:			
An Streikunterstützungen		501	50
Reiseunterstützungen an abgereiste Streikende		7	65
Für Fernhaltung des Zuguges		51	87
Flugblätter und Annoncen		2	31
Porto und Schreibmaterial		1	55
Summa		592	38

Die Richtigkeit beglaubigt:  
Josef Seder.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Niedersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist. In der Zeit vom 29. Dezember 1908 bis 9. Januar 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

Beiträge und Eintragsgelber: Donaustauf 37,34 M., Everswinkel 49,18 M., Emminger 155,18 M., Greven 169,05 M., Gellertkirchen 1335,38 M., Gerstelle 86,36 M., Kempen 136,17 M., Königberg (N.) 307,12 M., Münster (W.) 400 M., Witzsburg 391,60 M., Burgauen 100,96 M., Wiesen 72,89 M., Dortmund 1600 M., Dillingen 80,05 M., Diesdorf 20,83 M., Bünde 148,15 M., Ludwigsgraben 98,55 M., Malting 55,72 M., Rheine 360,14 M., Strinshagen 63,75 M., Schwerin 77,99 M., Scharfede 43,70 M., Warendo 150,30 M., Aachen 800 M., Danzig 800 M., Gr. Apenburg 21,16 M., Garlegasse 19 M., Halbach 19,20 M., Gettingen 85,51 M., Harld 5,25 M., Vingen 259,99 M., Martenburg 20,90 M., Minden 130,68 M., Oberzeuzheim 8,40 M., Ostfries 115,80 M., Offenburger 121,63 M., Seel 7,88 M., Wemding 70,83 M., Werne 128,89 M., Würth 184 M., Braunschweig 61,71 M., Contwig 213,71 M., Detmold 374,26 M., Emsdetten 222,70 M., Göttingen 117,28 M., Göttingen 22,52 M., Gr. Wartenberg 105,55 M., Heideberg 250 M., Jörd 33,75 M., Jülbar 3,78 M., Kuhfelde 18,88 M., Kahlberg 92,85 M., Königsberg 787,97 M., Leimbach 2,80 M., Neustadt (Westf.) 297 M., Neuentfingen 6,55 M., Oberod 149,37 M., Paderborn 295,61 M., Zensburg 19,57 M., Sagan 49,37 M., Stadthof 69,53 M., Wilsdorf 117,58 M., Wronke 11,55 M., Werlher 93,63 M., Wilsdorf 124,33 M., Allenstein 76,28 M., Pfannhausen 24,48 M., Tintelshof 16,60 M., Enger 145,28 M., Ganglofer 7,15 M., Gnesen 30 M., Horn 22,80 M., Garburg 40,12 M., Marsberg 228,15 M., Dänbrück 804,55 M., Peine 220,84 M., Rheda 46,46 M., Schönau 41,25 M., Stahle 43,95 M., Schwandorf 3,80 M., Weiden 74,51 M., Wunsiedel 30,85 M., Wilsch 19,50 M., Wranitz 17,04 M., Wieselbhausen 103,96 M., Gr. Rax 97,40 M., Hainrode 30 M., Königsberg 51,71 M., Lage 115,43 M., Münster, 44 M., Bursfaring 9,18 M., Rattau 18,25 M., Rumburg, 44,16 M., Sendenhorst 246,26 M., So 102,15 M., Schönau D.-Schl. 60,80 M., Stuttgart 55,85 M., Welschhausen 151,84 M., Wehl 35,85 M., Zaberg 53,20 M., Bamberg 4 M., Marz, Cannstadt 60,94 M., Coesfeld 158,86 M., Gütersloh 365,77 M., Gronau 126,39 M., Hamburg 206,99 M., Haren 211 M., Randerhut 36,50 M., Schlez 27,68 M., Teigte 195,68 M., Wehrer 34 M., Marz, Beckum 84 M., Fulda 4,50 M., Mainz 36 M., Reidenburg 100 M., Solingen 291,89 M., Sarstedt 101,08 M., Ullm 12,07 M., Wehla 54,75 M., Aachen 1200 M., Berghausen 47,60 M., Blaiba 45,87 M., Cham 311,01 M., Großentast, 49,97 M., Höfner 159,97 M., Gerbstein 1,20 M., Teiflungen 66,75 M., Warburg 304,75 M., Wartenburg 54,31 M., Berlin 138,85 M., Warming 1000 M., Wilschdorf 81,23 M., Wehm 737,23 M., Görtly 142,29 M., Gelnst 100,20 M., Hamn 415,80 M., Jüngolstadt 119 M., Karlsruhe 214,79 M., Lindenholzhausen 20,45 M., Lammigen 78,55 M., Rühringen 265,88 M., Nordberney 567,98 M., Probbach 69,63 M., Salwebel 6,21 M., Steinheim 62,98 M., Straßburg 114,92 M., Futterale: Rheine 0 75 M., Göttingen 0 15 M., Wronke 0 30 M., Paderborn 4 65 M., Sendenhorst 0 15 M., Straßburg 0 15 M., Erfschbacher: Rheine 0 30 M., Contwig 0 25 M., Stadthof 1 80 M., Dänabrück 0 50 M., Hauskassiererbücher: Emsdetten 1 35 M., Großentast 0 30 M., Nordberney 0 80 M., Inzerate: Birke 1 90 M., Gütersloh 2 45 M., Broßbüren: Danzig (Sekt.) 10 40 M., Stempel: Emmer 0 60 M., Steinshagen 1 65 M., Weiden 0 90 M., Zurückgezählte Projektkosten: Olva 46,— M., Plafate: Oberglogau 0 85 M., Ueberbüchliche Streikunterstützung: Wunding 14 30 M., Die Verwaltungsstellenkassierer werden ersucht, die Beitragsarten 1908 mit der Abrechnung einzusenden. Marken für 1909 werden erst dann gesandt, wenn die alten zurückgesandt sind.

Der Hauptvorstand: J. A.: Fr. Jacobi.

## Bekanntmachungen.

**Achtung! Mülheim a. d. Ruhr.** Die Adresse des Kassierers ist von jetzt ab Joseph Thomsen Sandstraße 29.

## Zweite Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften Bayerns.

Sonntag, den 31. Januar, findet in Nürnberg eine Konferenz der christlichen Gewerkschaften statt. Die Konferenz beginnt vormittags 10 Uhr. Tagungsort ist Goldener Schwan Theresienplatz. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in Bayern. 2. Unsern nächsten Aufgaben. Delegierte haben die Ortskartelle zu entsenden; wo keine Ortskartelle bestehen, entsenden am besten die bestehenden Ortsgruppen eine gemeinschaftliche Vertretung. Die entsendenden Räte müssen von den Mandatgebern getragen werden. Weitere Auskunft erteilt das Sekretariat des Gesamtverbandes in München, Fürstenerstraße 4 III.

## Berichtigung.

Unter den in Nr. 1 mitgeteilten Geldeingängen muß es heißen Niedersdorf (Einz.) 1,90 M., für Stempel (Beckum bis Fulda) 0,90 M.

## Sterbetafel.

Am 28. Dezember 08 starb unser Kollege Joh. Wade an Lungenerkrankung. Zahlstelle Wiesen.  
Am 30. Dezember 08 starb unser Kollege Heinrich Gronemeyer an Lungenerkrankung im Alter von 28 Jahren. Zahlstelle Brakel, Kreis Höfner.  
Nach langem schweren Leiden starb am 6. Januar unser treuer Kollege August Langer infolge Lungenschwindsucht im Alter von 22 Jahren. Zahlstelle Walsen.  
Ehre ihrem Andenken!

## Achtung! Kruschwitz.

Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung bei Frau Scheffer, Bahnhofstraße. (2/15) Tagesordnung: Jahresbericht und Vorstandswahl. Die Kollegen haben pünktlich zu erscheinen und Mitgliedsbücher mitzubringen. Der Vorstand.

## Achtung! Posen.

Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr, Generalversammlung der Verwaltungsstelle Posen im Hotel de Sade, Breslauer Straße 15. (2/45) Dasselbst vormittags 10 Uhr Ausschusssitzung. Die Delegierten der Zahlstellen haben pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

## Achtung! München.

Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Belvedere, Rummelstraße 13, Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht. Erledigung von Anträgen. Vorstandswahl. (2/15) Sämtliche Kollegen müssen erscheinen. Der Vorstand.